das junge Journalisten gerne liefern, aber auch nur gegen gute Bezahlung. So kostet die Mittheilung an das Publicum, daß hier ein Schuh gemacht wird, das Doppelte von seinem Werthe. Das ist unsere große Krankheit. Das ist das Laster, an dem wir sterben. Die Reclame frißt uns auf, das Reinste Gewerbe so gut wie die größte Industrie. Damit irgend ein Unternehmen nur überhaupt beginnen könne, das erfordert für die Presse, für einflußreiche Leute der vornehmen Gesellschaft, die es sonst durch einen amüsanten Witz tödten würden, solche Summen, daß eine anständige Führung von vorneherein nicht möglich ist. Zwischen der Industrie und dem Publicum hat sich eine Industrie der Vermittlung, der Reclame aufgerichtet, die ja zuletzt doch nur eine Industrie der Schmarotzerei und eine Schmarotzerei der Industrie ist. Sehen Sie Panama an: Das Werk selber hat weniger gekostet, als das „Stimmungmachen" in der Presse, im Parlament, bei den geistreichen Causeuren der Gesellschaft. Daran ist das Unternehmen gescheitert. Und davon wird man sich hoffentlich jetzt, da die Unerträglichkeit dieser Zustände mit irgendeinem Fortschritte der Industrie und des Handels so deutlich geworden, wohl endlich mit Entschiedenheit emancipiren. So haben wir eigentlich alle Ursache, Panama, so sehr wir Alle momentan darunter leiden, als die Eröffnung einer besseren Zukunft mit froher Hoffnung zu begrüßen."

Dagegen sagen wieder Andere, welche meinen, tiefer und weiter zu schauen: „Diese guten Leute mögen die redlichsten Absichten haben, aber der Instinct der Jobber und Gauner ist viel richtiger. Panama ist nicht eine Gesundung des Kapitalismus von Auswüchsen und Schäden; aus tausend Zeichen ist es klar, daß Panama vielmehr das Ende des Kapitalismus wird."

Maurice Barrès, der das Volk kennt und ohne eigene Wünsche auf die nationale Stimmung horcht, hat mit dafür drastische Beispiele gegeben. „Sie haben keine Ahnung, wie bei uns jetzt vom Kapital geredet und gegen das Kapital empfunden wird. Bankier und Strolch sind Synonyme. Man wagt es nicht mehr, einen Finanzmann zu kennen. Die Freundschaft mit einem Bankier genügt, um den redlichsten Minister und Deputirten verdächtig und verächtlich zu machen. Man meidet diese Leute. Sie fühlen es selbst und ziehen sich ängstlich zurück, möchten sich verkriechen. Ich habe in Monte Carlo neulich eine seltsame Scene erlebt. Eine Menge Leute, Cocotten, Gommeux, Spieler, alles Mögliche durcheinander war im Ascensеur, der nach dem Spielsaale führt. Auf einmal zeigt einer auf eine dicke Dame unter uns und schreit: „Madame de Rothschild!" Da wurden die Leute wie rasend: Alles stürzte sich auf die dicke Frau, drückte sie, stieß gegen sie wie gegen einen Feind, wie gegen etwas Verbrecherisches, das es abzuwenden, an dem es Rache zu nehmen gilt, mit wüthenden, schnaubenden Mienen, aus denen alles Menschliche gewichen war. So wirkt der bloße Name Rothschild heute bei uns, und „der Bankier" ist für das Gefühl des Volkes etwas mystisch Ungeheuerliches, Schändliches, wie es vor der großen Revolution „der Generalpächter" war. Nein, es ist zu spät für eine Gesundung des Kapitalismus. Der Haß ist zu groß, und nirgends ist Milde."

Das sind die drei Stimmungen in Paris.

Hermann Bahr.

* * *

Die Regierung und die Finanz-Gesellschaften.

Paris, 25. December.

Die heute zur Ausgabe gelangte Nummer des „Economiste Français" enthält einen vielbemerkten und in parlamentarischen Kreisen den allgemeinen Gesprächsstoff bildenden Artikel Leroy-Beaulieu's, welcher das Thema von dem Verhältnisse der Regierung und der am Ruder befindlichen politischen Parteien zu den Finanz-Gesellschaften behandelt. Leroy-Beaulieu äußert sich hierüber in folgender Weise:

Daß eine im Besitze der Macht befindliche Partei sich einfallen läßt, die Finanzgesellschaften heimlich zu Wahlzwecken beisteuern zu lassen, ist nichts mehr und nichts weniger als eine Erpressung, ein Raub. Es ist klar, daß die Actionäre und die Besitzer von Obligationen des Panama-Unternehmens durchaus nicht zu dem Zwecke ihr Geld hergegeben haben, damit man dasselbe zum Kaufe von Wählern dieser oder jener Partei verwende. Es ist thöricht, darauf zu verweisen, daß die einigen 100.000 Francs, welche diese Bestimmung gefunden haben, gegenüber den 1400 Millionen, welche das Unternehmen verschlang, wenig in Betracht kommen. Die Erpressung, welche begangen wurde, bleibt eine Erpressung, und derjenige, der dieselbe erwiesenermaßen geübt, bleibt persönlich und civilrechtlich verantwortlich. Wenn man es für richtig befunden hat, der Regierung das Recht der Ernennung von Gouverneuren oder Directoren dieses oder jenes Credit-Institutes einzuräumen, und wenn die Minister den Einfluß, den sie derart auf die Gouverneure und Directoren besitzen, dahin ausnützen, um sich heimlich Wahlgelder geben zu lassen, denn ist es klar, daß ein Act von Corruption des allgemeinen Strafrechts, aber auch ein Act der Erpressung an dem Privatkapitale vorliegt. Wohin soll man mit solchen Praktiken gelangen? Man würde nicht nur vielen braven Leuten, von denen gewiß zahlreiche die Ansichten der herrschenden Partei nicht theilen, einen Theil ihres Kapitals und ihres Einkommens wegnehmen, sondern man würde auch zwischen den Finanz-Instituten und der Regierung Verbindungen gefährlichster Natur für beide Theile schaffen. Die Regierung, welche auf solche Weise sich um das Geld der Finanz-Institute bewirbt und es erhält, würde in Bezug auf diese Institute die Freiheit der Action verlieren; an das Directionspersonale durch eine Art Mitschuld gebunden, könnte sie ihre Pflichten nicht mehr erfüllen und im Falle der Nothwendigkeit sogar den Geboten der Gerechtigkeit nicht mehr entsprechen. Jedermann, der unparteiisch über diese Dinge nachdenkt, wird mit uns übereinstimmen, daß in Folge des Einflusses der Intrigue auf die Wahlen die Aussichten große sind, es werde das moralische Niveau des Parlamentes geringer sein als das moralische Durchschnitts-Niveau der Nation. Die Panama-Affaire bezeugt in der unwiderleglichsten Art die Richtigkeit dieser Beobachtung, und wie traurig auch dieses Schauspiel sei, vom Standpunkte der politischen Philosophie bleibt es immerhin ein Glück, daß die Enquête über all diese Verhältnisse Licht verbreitet hat. Die allgemeine Schlußfolgerung wäre zunächst die, daß das Volk sich bemühen sollte, bei der Wahl etwas mehr den Charakteren, den Antecedentien und der Situation der Candidaten Rechnung zu tragen. Freilich haben wir wenig Aussicht auf eine merkliche Verbesserung in dieser Beziehung. Vor 5, 6 oder 7 Jahrhunderten waren die italienischen Demokratien nicht vernünftiger, als es gegenwärtig die französische Demokratie ist, und vor zwei Jahrtausenden fand man nicht mehr gesunden Verstand und Moralität in den griechischen Demokratien. Aristides, der Gerechte, hat nur einen ganz kurzen Erfolg erleben können. Da wir unsere öffentlichen Körperschaften nicht ausschließlich aus Weisen und Heiligen bilden können, so ergibt sich die Nothwendigkeit, daß die Privatgesellschaften so viel als möglich vom Staate, oder richtiger von der Regierung unabhängig seien. Der Staat, das heißt die an der Macht befindliche Partei, soll unter keinen Umständen für Wahlzwecke von ihnen Beisteuern fordern, geschweige denn von ihnen erpressen. Der Staat sollte niemals die Administratoren oder die Directoren der privaten Gesellschaften ernennen. Wenn der Staat sich auf die Angelegenheiten concentrirt, die nothwendigerweise Staatsdomäne bleiben müssen, würde er weniger Gefahr laufen, sich und das Publicum zu corrumpiren. Wenn der Panama-Scandal die öffentliche Meinung im Sinne dieser gerechten Ideen umwandeln könnte, wird er für die Zukunft Frankreichs nicht ohne Nutzen gewesen sein.

Inland.

Wien, 27. December.

Das „Majoritäts-Programm".

Die „Feiertage", nach deren Verfluß nach officiöser Mittheilung sofort die Unterhandlungen des Minister-Präsidenten mit den Führern der einzelnen parlamentarischen Gruppen über das im Schoße der Regierung ausgearbeitete „Majoritäts-Programm" beginnen sollen, beschränken sich, wie wir vernehmen, keineswegs auf die Weihnachtstage, sondern umfassen auch noch den Neujahrstag. Es wird also das Jahr 1893 begonnen haben, bevor diese Unterhandlungen ihren Anfang nehmen. Auch die Einladungen zu denselben sind noch nicht ergangen. Ueber den Inhalt des Programms wird seitens der Regierung strengstes Stillschweigen beobachtet, und es ist durchaus unrichtig, daß, wie gemeldet wurde, der Inhalt des Programms den Parteiführern bekanntgegeben worden sei. Gut Ding braucht Weile — nun, wir können es erwarten.

Menger und die Jungtschechen.

Der Artikel des Abgeordneten Dr. Max Menger über die Möglichkeit einer Verständigung zwischen den Deutschen in Böhmen und den Jungtschechen hat, wie unser Telegramm im Abendblatte über eine von Seite des Jungtschechenblattes erfolgte Antwort beweist, einen Anstoß zur Besprechung dieser Frage gegeben, welche wahrscheinlich einst brennender sein wird, als dies augenblicklich der Fall ist. Wie wünschenswerth eine solche Verständigung zwischen den thatsächlich in Böhmen fast unbestrittenen die bedeutendste Volksmeinung beherrschenden Parteien auch sein möge; wie viele Vortheile daraus für die Behandlung freipolitischer Fragen erwachsen könnten, so ist doch an eine solche Verständigung heute nicht zu denken und so lange nicht zu denken, als die Jungtschechen immer wieder das „Staatsrecht" in den Vordergrund schieben. Man braucht an der Aufrichtigkeit der jungtschechischen Entrüstung über die Zumuthung, daß sie die deutsche Minorität unterdrücken oder gar tschechisiren wollen, nicht zu zweifeln — muß aber trotzdem in dem Zusammenhange aller Deutschen in ganz Oesterreich eine Lösung Behufs für ihren nationalen Schutz erkennen als in den jungtschechischen Bestrebungen. In der Reichsrathsthat, so wie sie durch die Verfassung, trotz bedenklicher Zugeständnisse an den Föderalismus innerhalb derselben, gewährleistet ist, liegt für die Deutschen eine weit stärkere Rüstung für das Deutschthum in Oesterreich als in der Hoffnung auf irgend ein „weißes Blatt", welches der tschechische Staat vor oder nach seiner Bildung etwa den Deutschen hinhalten würde. Darum können die Deutschen — von anderen Gründen ganz abgesehen — schon aus Rücksicht auf ihre Nationalität nicht über die bestehende Verfassung hinaus. Aber selbst wenn die Deutschen dazu geneigt wären, so gäbe es zur Einrichtung des tschechischen Sonderstaates auch noch so viele andere Mächte zu überwinden, daß die Kraft derselben hinreichen würde, ein solches Bestreben ausschlosslos zu gestalten, selbst wenn sich Deutsche und Tschechen in Böhmen im Gedanken des „Staatsrechts" vereint hätten. Dr. Menger hat unserer Meinung nach vor der Gegnerschaft des Grafen Hohenwart, der tschechischen Feudalen und der Deutsch-Clericalen gegen das tschechische Staatsrecht eine viel zu gute Meinung; darin hat er aber Recht, daß der tschechische Staat unmöglich ist. Dergleichen durchgreifende Neugestaltungen könnten nur durch ein weltgeschichtliches Ereigniß, wie Königgrätz eines gewesen, herbeigeführt werden. Wenn das Jungtschechenblatt von dem formellen Rechte ganz absehen will und den Willen der sechs Millionen Tschechen für das Staatsrecht allein schon für ausreichend hält, das „Staatsrecht" zu begründen, so steht dagegen der ebenso bestimmte feste Wille der drei Millionen Deutschen in den Sudetenländern, welcher Wille auch Lockungen mit größeren wirthschaftlichen Vortheilen unbedingt zurückweist. Die gesuchte Verständigung ist für die Deutschen nur auf dem Boden der bestehenden Staatseinheit möglich, während sie die Tschechen auf dem Boden des auch von ihnen nicht scharf umschriebenen „Staatsrechtes" versprechen. Damit stehen wir jedoch auf dem alten Fleck... und die Verständigung kann nicht vorwärts.

Reichenberg.

Am liebsten möchte man von den Streitigkeiten der beiden Parteien in Reichenberg, der Deutschliberalen und der Deutschnationalen, gar nicht Notiz nehmen. Bereiten die Nachrichten aus Reichenberg über die verschiedenen Vorkommnisse daselbst doch nur den Tschechen und den Officiösen Freude, in deren Blättern denn auch der widerliche Streit sattsam breitgetreten wird. Der Statthalter Graf Thun und seine Statthalterei, der tschechische Landes-Ausschuß, die tschechischen Feudalen und die tschechische Presse — sie alle sind zufrieden.

In den letzten Tagen wurde das Wesen der beiden in Reichenberg sich bekämpfenden Parteien durch Schilderungen aus beiden Lagern hinlänglich gekennzeichnet. Wir haben es da mit örtlichen und persönlichen Parteiungen zu thun, welche sich an die politischen Parteien und ihre Benennungen anschließen, um damit bei sich daheim größere Bedeutung aufzuweisen. Gesündigt wurde unserer Ansicht nach auf beiden Seiten, und wir können auch dem neuesten Schachzuge der „Liberalen" in Reichenberg, mit ihrem Bestreben, die Gegner auf Grund von gewissen Bestimmungen des Gemeindestatuts von den nächsten Wahlen auszuschließen, keinen Geschmack abgewinnen. Wenn die Behörde solche Bestimmungen aufgreift und sie geltend macht, so kann man sagen, sie übe ihre Pflicht, wenn sie im Rechte ist. Wenn mit solchen Bestimmungen die eine Partei gegen die andere vorgeht, so sieht dies immerhin wie Parteiefer aus, und in diesem Falle kommt nur der Reichenberger Commissär in die angenehme Lage, sich als Schiedsrichter über den Parteien zu zeigen. Ueberdies ist der Erfolg, welchen die Liberalen mit ihrem Vorgehen anstreben, ein höchst zweifelhafter. Die Herren Schücker und Prade werden dergestalt zu Märtyrern gemacht, und sie werden vielleicht gerade daraus bei einer nächsten Wahl Vortheil ziehen. Das Schlimmste dabei ist, daß jeder Schritt der Reichenberger „Liberalen" der ganzen Partei an die Rockschöße gehängt wird, während die Reichenberger daheim bei ihrem Vorgehen auf die Gesammtpartei gar keine Rücksicht nehmen. Wir wünschen lebhaft, daß dieser Reichenberger Zwist nicht noch der deutschen Sache in Böhmen weitere empfindliche Wunden beibringe, als dies schon bisher der Fall ist.

Wien, 27. December. (Verfassungsfeier.) Den 25jährigen Gedenktag der Verfassung haben ferner gefeiert: die Gemeindevertretungen von Maffersdorf und Althabendorf, die Stadtvertretung von Liebenau, die Gemeindevertretung von Ruppersdorf, der Bezirks-Ausschuß von Reichenberg. Bei allen diesen Feierlichkeiten wurde das unerschütterliche Einstehen für den einheitlichen Charakter des Reiches und die entschiedenste Abwehr des sogenannten böhmischen Staatsrechtes betont. Das Stadtverordneten-Collegium von Karlsbad hat in seiner am 21. d. unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Förtendörfer abgehaltenen Festsitzung anläßlich des 25jährigen Bestandes der Verfassung nachstehende Resolution beschlossen: „Anläßlich des heutigen Gedenktages, an welchem vor 25 Jahren für unseren Staat die normgebenden Verfassungs- und Grundgesetze ins Leben getreten, und in dankbarer Würdigung dessen, daß hiermit die Grundlage für ein einheitliches Staatswesen und der feste Boden für die Entwicklung der öffentlichen Zustände unseres Vaterlandes im Sinne modernen Fortschritts geschaffen worden sind, gibt die Stadtvertretung Karlsbads in ihrer heutigen außerordentlichen Sitzung der ernsten Ueberzeugung Ausdruck, es werde trotz aller gegentheiligen Bestrebungen und sonderstaatsrechtlichen Tendenzen das Gebäude unserer Verfassung weiter ausgestaltet, die Einheitlichkeit unseres Staatswesens im Interesse seiner Selbsterhaltung streng gewahrt und dem freiheitlichen Gedanken sowie der Stellung der Deutschen Oesterreichs der gebührende Einfluß wieder gewonnen und dauernd gesichert werden, und fordert daher die deutschen Abgeordneten auf, in diesem Sinne für den freiheitlichen Ausbau unserer Verfassung auf das thatkräftigste einzutreten." Diese Resolution gelangte einstimmig zur Annahme.

Wien, 27. December. (Der niederösterreichische Landes-Ausschuß) hat dem niederösterreichischen Landesschulrathe zur Erweiterung der Volksschule in Alt-Lichtenwörth die Zustimmung ausgesprochen. — Für die Traisen-Regulirung bei Wilhelmsburg und Kreisbach, für die Wielenbach-Regulirung in St. Veit an der Gölsen, und für die Schwarzaflus-Arbeiten in Peisching wurden entsprechende Subventionen angewiesen, ferner für die Herstellung von Gemeindewegen in zwei Fällen Subventionen von 350 fl., beziehungsweise 400 fl., in Aussicht gestellt. — Der Gemeinde Schwick wurde zur Aufnahme eines Darlehens von 25.000 fl., der Gemeinde Himberg von 5000 fl. und der Gemeinde Limbach von 4900 fl., den Gemeinden St. Andrä vor dem Hagenthal und Irxleb zur Einlegung einer Lohtenbelohauzgebühr von je 1 fl., der Gemeinde Obermaller-Dorf zu einem Grundverkaufe die Genehmigung ertheilt. Die Einhebung erhöhter Umlagen auf die direkten Steuern wurde den folgenden